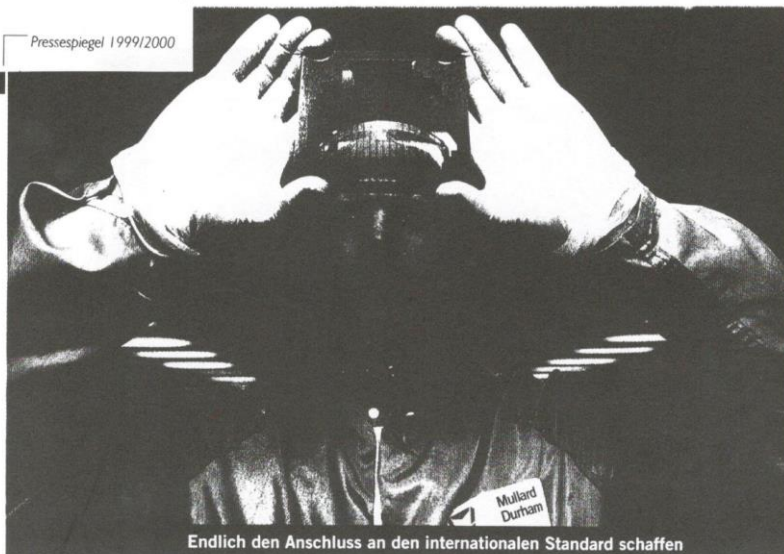
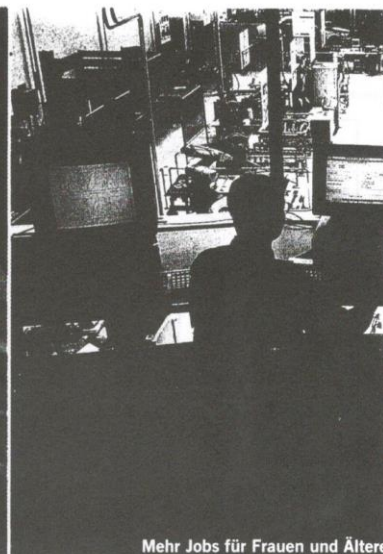




Endlich den Anschluss an den internationalen Standard schaffen



Mehr Jobs für Frauen und Ältere

Das Arbeitsprogramm

Vorhaben. Das ist der Pflichtenkatalog der nächsten Regierung – welche Partei auch immer den Bundeskanzler stellen wird.

VON ULLA SCHMID UND
CHRISTA ZÜCHLING

Alljährlich, wenn es Herbst wird in Österreich, beginnt in Wien die Zeit der Sitzungen hinter Polstertüren. Den Anfang macht stets das Finanzministerium, Wochen später folgt das Kanzleramt nach.

Budgetverhandlungen stehen auf dem Programm, also jenes Ritual, das meist von zahllosen Forderungen seitens der Minister und wenigen Zugeständnissen seitens des Finanzministers begleitet ist.

Auch heuer wird der Oktober wieder im Zeichen der verschlossenen Flügeltüren stehen. Doch in diesem Jahr kann der Herbst lange werden, denn es wird dabei nicht um Zahlen, sondern vielmehr um Bedingungen gehen, die sich die Parteien gegenseitig oktroyieren, um einen Koalitionsakt auf die Reihe zu bekommen.

Budget. Der Staatshaushalt wird dabei das Nachsehen haben. Denn für einen Budgetbeschluss – im Normalfall sollte dieser Ende Oktober erfolgt sein – braucht es ein Regierungsabkommen und dieses den Segen des Parlaments. Doch so schnell werden die Verhandlungen diesmal nicht ablaufen.

Das Budget vom Vorjahr wird daher wohl als so genanntes Provisorium fortgeschrieben, das heißt: Das Zahlenwerk vom Jahr 1999 gilt bis auf weiteres über den Jahreswechsel hinweg. Spätestens im April nächsten Jahres muss es einen Haushaltsplan geben, sonst können die Gehälter der Beamten, der Lehrer, die Pensionen und Transfers nicht mehr ausbezahlt werden.

Um den Stabilitätspakt der Europäischen Union einhalten zu können, muss die Neuverschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden nächstes Jahr auf 1,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gesenkt werden, bis 2002 auf 1,4 Prozent. Um dies zu erreichen, mahnt das Wirtschaftsforschungsinstitut daher schon für Beginn des nächsten Jahres Sparmaßnahmen ein.

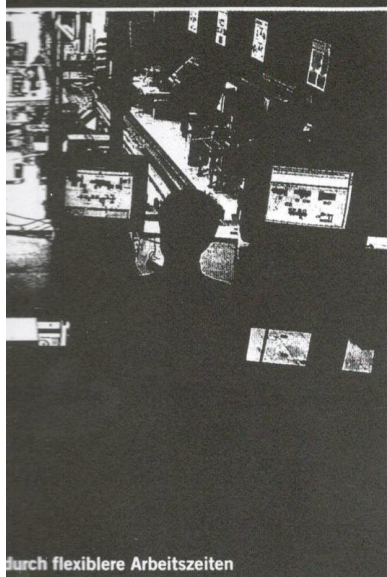
Diese Experten sind nicht allein. Von der OECD, dem Zusammenschluss der Industriestaaten, holte sich Österreich schon in den vergangenen zwei Jahren regelmäßig Rügen, weil befürchtet wird, dass es die Alpenrepublik an Budgetdisziplin fehlen lässt. Den Druck werden, daran besteht kein

Zweifel, vor allem die Länder und Gemeinden zu spüren bekommen. Das Defizit des Bundes liegt heuer bei 2,5 Prozent des BIP, die Länder haben einen Überschuss von 0,5 Prozent.

Das wird sich ändern, und zwar mit den Finanzausgleichsverhandlungen. Ende des Jahres muss der Verteilungsschlüssel zwischen Bund, Ländern und Gemeinden aus der Lohn- und Einkommensteuer neu geschmiedet werden. Finanzminister Rudolf Edlinger drängte stets auf eine „gerechtere Lastenverteilung“, was bedeutet, dass die Länder weniger Geld erhalten, dieses aber auch effizienter verwalten sollen. Ein skurriles Beispiel: Für die Einstellung von Landeslehrern sind die Länder zuständig, für deren Besoldung der Bund, und dessen Ausgaben klettern Jahr für Jahr nach oben.

Arbeitskosten. Vom Ergebnis der Finanzausgleichsverhandlungen wird es auch abhängen, ob die Arbeitskosten für die Wirtschaft sinken. Die Lohnnebenkosten, die im Zuge der Steuerreform ausgeklammert wurden,

Der Stabilitätspakt der EU bedingt eine Senkung der Neuverschuldung auf 1,7 Prozent des BIP.



durch flexiblere Arbeitszeiten



Sozialleistungen mehr auf die finanziell Schwachen konzentrieren

sollen in dieser Legislaturperiode schrumpfen. Sie liegen im europäischen Vergleich zwar im günstigen oberen Drittel, dennoch streben alle Parteien eine deutliche Senkung um mehrere Prozentpunkte an – schon im Interesse der klein- und mittelständischen Unternehmer, die die heimische Wirtschaftsstruktur dominieren.

Die Finanzstruktur der Länder spielt hier eine wichtige Rolle. So ist es denkbar, dass unter anderem der Wohnbauförderungsbeitrag und die Kommunalabgabe dem Arbeitskosten-Senkungsprogramm der Regierung zum Opfer fallen. Beide Abgaben fließen derzeit in die Länderbudgets.

Sozialtransfers. Was immer an Lohnnebenkosten gekürzt wird, fehlt hinterher in den Sozialtöpfen. Nur: Ist es tatsächlich noch zeitgemäß, Sozialtransfers quer über die Bevölkerungsgruppen zu verteilen, ohne Rücksicht auf die Einkommensstruktur der Empfänger? An einer Verteilungsdebatte wird die nächste Regierung nicht vorbeikommen. Ob Wohnbauförderung, Familienbeihilfe, Hochschulbesuch, Schulbücher – die soziale Staffelung der Leistungen war auf Bundesebene bis vor kurzem noch ein Tabu, das erst langsam aufgebrochen wird. Zu Recht, denn Neuland wird damit für wahr nicht beschritten. Auf Gemeindeebene hat sich eine einkommensabhängige Beitragszahlung etwa für den gemeindeeigenen Kindergarten durchgesetzt. Wenn das soziale Netz tragfähig bleiben soll, dann muss es auf seinen ursprünglichen Zweck zurückgeführt werden – nämlich auf die Unterstützung sozial und finanziell Schwacher.

Bildung. Ähnliches gilt freilich auch für die Bildungspolitik. Wann immer es in den letz-

ten Jahren angebracht schien, wurde im Bildungsbereich gekürzt. Mit fatalen Folgen.

1998 hatten nur 17 Prozent der 20- bis 24-Jährigen nach der Pflichtschule keinen anerkannten Abschluss. Das ist, international gesehen, sehr wenig. Nimmt man aber die Zahl der Leute ohne Abschluss aus dem Jahr 1985 her und rechnet diese linear bis 1995 hoch, dann dürften heute – statistisch gesehen – nur mehr acht bis zehn Prozent in diese Gruppe fallen. Die Absolventenquote stagnierte also. Es würde 30 Milliarden Schilling mehr kosten, wollte Österreich die Vorschläge der OECD zur idealen Versorgung bei weiterführenden Schulen, im Uni-Bereich und bei den Fachhochschulen sowie bei der Erwachsenenbildung tatsächlich erfüllen.

Derzeit wird hauptsächlich in die Personalkosten gebuttert. Nahezu 90 Prozent des 70-Milliarden-Budgets im Unterrichtsministerium etwa sind Personalkosten. Im Gegensatz zu den Kosten für die restlichen öffentlich Bediensteten steigen die Ausgaben für die Lehrergehälter Jahr für Jahr an. Eine

radikale Reform des Lehrergehaltsschemas wird nötig sein.

Doch selbst wenn es der neuen Regierung gelingt, die Personalkosten einzudämmen, wird mehr Geld für die Infrastruktur und die Computerisierung der Bildungsstätten notwendig sein. Um im internationalen Wettbewerb Schritt zu halten, müssten Forschung und Wissenschaft großzügiger als bisher gefördert werden. Österreichs Akademikerrate ist international gesehen ein Schandfleck: In den skandinavischen Ländern ging 1988 jeder zweite Maturant an die Universität, in Deutschland jeder dritte. In Österreich ist es jeder vierte. Die österreichischen Akademiker studieren oft am Markt vorbei. Mit veralteten Lehrplänen, falschen Schwerpunktsetzungen und einem Mangel an Praxisbezug wird an den Erfordernissen der Zukunft vorbeigebildet. Andere europäische Länder förderten in den vergangenen Jahren naturwissenschaftliche und technische Studien – in Österreich interessiert sich gerade einmal jeder siebte Student dafür. ►

WER SCHAFFT WAS?

SPÖ/ÖVP-KOALITION

EU-konformes Budget;
Senkung der Lohnnebenkosten;
Förderung von Forschung und Entwicklung;
maßvolle Bildungsreform;
Arbeitsmarktmaßnahmen in Form von Weiterbildung und Umschulung;
kleine Ministerienreform

FPÖ/ÖVP-KOALITION

Budget;
Senkung der Lohnnebenkosten;
Förderung von Forschung und Entwicklung;
Einschränkung im sozialen Bereich;
Verschärfung der Abschiebepolitik bei

Gastarbeitern;
Geburtenförderung;
Schaffung des 3-Säulen-Modells bei der Pensionsvorsorge;
NATO-Beitritt

SPÖ-MINDERHEITSKABINETT

EU-konformes Budget;
kleine Senkung der Lohnnebenkosten;
Förderung von Forschung und Entwicklung;
soziale Staffelung von Sozialleistungen;
große Ministerienreform;
Förderung des Wiedereinstiegs von Frauen in den Beruf;
einkommensabhängiges Karenzgeld

Forschung & Entwicklung. Hinzu kommt, dass die heimische Wissenschaft nach wie vor ein Dasein im Elfenbeinturm fristet. Die Zusammenarbeit mit Wirtschaft und Industrie ist unterentwickelt. Das fügt sich ins Gesamtbild: Für Forschung und Entwicklung sind im Budget gerade einmal 35 Milliarden Schilling vorgesehen, magere 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Der Aufholbedarf gegenüber anderen EU-Staaten ist enorm. Im Bereich der teuren Hochtechnologie (zum Beispiel der Plasmaforschung) hat Österreich geschlafen. In der Biotechnologie-Forschung ist Österreich das beschämende europäische Schlusslicht. Hier werden nicht nur Kompetenzvereinbarungen zwischen den Ministerien erfolgen müssen, sondern auch Maßnahmen, die Wissenschaft und Wirtschaft einander näher bringen.

Verkehr. In der Verkehrspolitik sollten, so wie in anderen Bereichen, eine zentrale Verantwortung geschaffen, Schiene und Straße in ein Ressort zusammengeführt werden. Der Chef dieses Ressorts wird einigen Mut aufbringen müssen, um das Ungleichverhältnis zwischen diesen beiden Verkehrsträgern auszugleichen. Seit 1970 stieg die Tonnenkilometerleistung auf der Straße von 430 auf 1100 Millionen, während jene der Schiene im selben Zeitraum von 280 auf 220 Millionen sank. EU-weit wird sich der Güterverkehr bis zum Jahr 2010 fast verdoppeln.

Die Auslastung der Bahnstrecken hingegen könnte sich, so die Prognosen, auf fünf Prozent reduzieren. Gegenmaßnahmen müssen nicht neu erfunden, sondern nur endlich einmal umgesetzt werden. Konkret heißt das: Ausbau des Schienennetzes und Kostenwahrheit auf der Straße in Form einer wegebabhängigen Maut.



Universitäten den Bedingungen der modernen Arbeitswelt annähern

TONY STONE IMAGES

Flexibilisierung. Die Arbeitszeit richtet sich in Österreich mehr nach den Amtsstunden in den Behörden als nach den Bedürfnissen von Konsum und Freizeit, ebenso die Öffnungszeiten der Kindergärten. Die Abfertigung, die einst ein Anreiz sein sollte, dem eigenen Betrieb die Treue zu halten, geht bei Selbstkündigung verloren und verführt heute die Arbeitnehmer zu Immobilität.

Dabei sind Abfertigungsansprüche, die im Rucksackverfahren beim Jobwechsel mitzunehmen sind, Kinderbetreuung rund um die Uhr, eine radikale Reform der Gewerbeordnung (die auf Haftpflichtregelungen setzt) in Expertenkreisen schon lange auf ihre Tauglichkeit überprüft. Die Gewerbeordnung wurde in der vergangenen Legislaturperiode zwar ein Stückchen liberalisiert. Aber an dem Prinzip, dass etablierte Gewerbetreibende in ihrer Eigenschaft als Kammerfunktionäre darüber befinden, ob ihnen ein Jungunternehmer Konkurrenz

machen darf, wurde nicht gerüttelt. Ein Aufbrechen dieser verkrusteten Strukturen wird ebenso unumgänglich sein wie das Umdenken in der Arbeitswelt. Seit der Zugang zur Frühpension schrittweise erschwert wurde, ist die Anzahl der Frühpensionisten nur marginal zurückgegangen und die Gruppe der älteren Arbeitslosen rasant gestiegen. Die derzeitigen Gleitzeitmodelle in den Ruhestand werden überdacht werden müssen.

Frauen & Familie. Die große Anstrengung aller Parteien, den Frauen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen, ist nach Ansicht des Sozialforschers Bernd Marin zuletzt gänzlich auf die falsche Bahn gekommen. Österreich habe im Vergleich zu anderen europäischen Ländern „zu viele Hausfrauen und Frühpensionistinnen“. Marin kritisiert den „volkswirtschaftlich katastrophalen Zustand“, dass es in den vergangenen Jahren für Frauen kaum Anreize gegeben habe, wieder ins Berufsleben einzusteigen: „Es wird viel Geld ausgegeben, um den Frauen den Ausstieg, nicht aber um ihnen den Einstieg ins Berufsleben zu erleichtern.“

Marins Vorschläge: Das Karenzgeld sollte einkommensabhängig geregelt werden, Notstandshilfe und Sozialhilfe individualisiert und nicht vom Haushaltseinkommen abhängig gemacht werden, Frauen sollten eine eigenständige Pension erwerben. Hand in Hand damit gäbe es, so Marin, bis zu 70 Milliarden Schilling Ersparnis bei den Hinterbliebenenpensionen. Auch der teure nationale Beschäftigungsplan, auf den die Regierung so stolz ist, gehört grundlegend reformiert. Zu viele Maßnahmen, so die Experten, würden für Weiterbildungsmaßnahmen verwendet, die mehr die Statistik schönigen, als zu neuen Jobs führten. ■